

<b>Normgeber:</b>	Staatskanzlei	<b>Quelle:</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	61	<b>Gliede-</b>	2241
<b>Erlassdatum:</b>	04.07.2017	<b>rungs-Nr:</b>	
<b>Fassung vom:</b>	29.06.2018	<b>Fundstelle:</b>	MBI. LSA. 2017, 418
<b>Gültig ab:</b>	10.07.2018		
<b>Gültig bis:</b>	30.06.2021		

**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes im Land Sachsen-Anhalt (Kulturerbe-EFRE-Richtlinie)**

### Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

- Abschnitt 1 Allgemeine Grundsätze
  - 1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen
  - 2. Gegenstand der Förderung
  - 3. Zuwendungsempfänger
  - 4. Zuwendungsvoraussetzungen
    - 4.1 Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen
    - 4.2 Beihilferechtliche Vorgaben
  - 5. Art, Umfang, Höhe der Zuwendungen
  - 6. Anweisungen zum Verfahren
    - 6.1 Antragsverfahren
    - 6.2 Auswahl- und Bewilligungsverfahren
    - 6.3 Auszahlung der Zuwendungen
    - 6.4 Prüfrechte
    - 6.5 Verfügbarkeit der Belege
    - 6.6 Berichtspflichten, Indikatorsystem
    - 6.7 Zweckbindungsfristen
    - 6.8 Informations- und Publizitätsmaßnahmen
    - 6.9 Verwendungsnachweisverfahren
    - 6.10 Baubegleitung
- Abschnitt 2 Besondere Regelungen
- Abschnitt 3 Übergangsregelungen
- Abschnitt 4 Sprachliche Gleichstellung
- Abschnitt 5 Inkrafttreten, Außerkrafttreten
- Anlagen (nichtamtliches Verzeichnis)

---

2241

**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes im Land Sachsen-Anhalt (Kulturerbe-EFRE-Richtlinie)**

**Gem. Erl. der StK und des MF vom 4. 7. 2017 - 61**

**Fundstelle:** MBl. LSA 2017, S. 418

Geändert durch Gem. Erl. der StK und des MF vom 29. 6. 2018 (MBl. LSA 2018, S. 295)

## Abschnitt 1 Allgemeine Grundsätze

### **1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**

1.1 Das Land Sachsen-Anhalt gewährt Zuwendungen für die Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes.

1.2 Die Gewährung der Zuwendungen erfolgt nach Maßgabe dieser Richtlinie und auf der Grundlage

- a) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 (ABl. L 347 vom 20. 12. 2013, S. 320, L 200 vom 26. 7. 2016, S. 140), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2017/825 (ABl. L 129 vom 19. 5. 2017, S. 1), sowie der hierzu von der EU-Kommission verabschiedeten Delegierten- und Durchführungsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung;
- b) der Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20. 12. 2013, S. 289, L 330 vom 3. 12. 2016, S. 12) sowie der hierzu von der EU-Kommission verabschiedeten Delegierten- und Durchführungsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung;
- c) des Artikels 53 Nr. 2 Buchst. a und b, Nr. 3 Buchst. a und Nr. 4 Buchst. a, c und d der Verordnung (EU) Nr. 651/ 2014 der Kommission vom 17. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L187 vom 26. 6. 2014, S. 1, L 283 vom 27. 9. 2014, S. 65);
- d) der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30. 4. 1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. 3. 2017 (GVBl. LSA S. 55), einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO, RdErl. des MF vom 1. 2. 2001, MBl. LSA S. 241, zuletzt geändert durch RdErl. vom 28.1.2013, MBl. LSA S. 73), der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer

juristischen Person des öffentlichen Rechts (VV-Gk, Anlage 2 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO) sowie des Zuwendungsrechtsergänzungserlasses (RdErl. des MF vom 6. 6. 2016, MBl. LSA S. 383);

- e) des Operationellen Programms für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) des Landes Sachsen-Anhalt 2014 bis 2020;
- f) der Erlasse der EU-Verwaltungsbehörde für den EFRE und den Europäischen Sozialfonds.

1.3 Die Ziele der Förderung sind:

- a) Erhaltung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes als wesentliches Element der Identität einer Stadt oder einer Region,
- b) Erhöhung der Attraktivität der Städte und Regionen für Bewohner und Kulturtouristen durch die Aufwertung von Kulturerbestätten und kulturellen Einrichtungen,
- c) positive Effekte für die lokale Entwicklung der Stadt oder Region und Erhöhung der Besucherzahlen von Kulturerbestätten.

1.4 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, die Antrags- und Bewilligungsstelle entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## **2. Gegenstand der Förderung**

2.1 Gegenstand der Förderung sind Investitionen in die Sanierung und Anpassung von Kultureinrichtungen, Bau- und Bodendenkmalen, die der Verbesserung der Präsentation und der nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes dienen.

2.2 Zu den Investitionen im Sinne von Nummer 2.1 zählen auch die damit verbundenen Dienstleistungen, wie z. B.:

- a) Ausgaben für Planungsleistungen gemäß der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 10. 7. 2013 (BGBl. I S. 2276),
- b) Ausgaben für Gutachten und Sachverständigenleistungen,

- c) Ausgaben der Projektsteuerung in begründeten Einzelfällen, unter der Voraussetzung, dass der Antragsteller vor Vertragsabschluss der Projektsteuerleistungen die Zustimmung der Antrags- und Bewilligungsstelle eingeholt hat. Die Höhe der förderfähigen Honorare für Projektsteuerleistungen ist für anrechenbare Ausgaben (Kostengruppen 200 bis 700 ohne Kostengruppen 710, 760, 770 und 790 gemäß DIN<sup>1</sup> 276-1:2008)  $\leq 1$  Million Euro auf maximal 2 v. H. und  $> 1$  Million Euro auf maximal 1,5 v. H. der als förderfähig anerkannten Ausgaben begrenzt. Mehrbeträge an Honorar, die sich aufgrund der Vereinbarungen des Bauherrn mit dem Projektsteuerer ergeben, sind durch den Träger selbst zu finanzieren. Die Leistungen der Projektsteuerung müssen nachweisbar unmittelbar der Erreichung des Ziels der Maßnahme gemäß dem Operationellen Programm EFRE dienen und die Umsetzung entsprechend dieser Richtlinie ermöglichen. Dies ist einzelfallbezogen in geeigneter Form nachzuweisen.

2.3 Nicht förderfähig sind insbesondere Aufwendungen für:

- a) Finanzierungsausgaben,
- b) Kauf von Immobilien und Grundstücken,
- c) öffentliche Erschließung,
- d) Betriebskosten,
- e) Eigenleistungen,
- f) Bauherrenaufgaben, mit Ausnahme von Ausgaben für die Projektsteuerung gemäß Nummer 2.2 Buchst. c,
- g) Leistungen aufgrund von Pauschalverträgen,
- h) Räume, die nicht überwiegend (mindestens zu 80 v. H. der verfügbaren Nutzungszeiten oder Räumlichkeiten) für kulturelle Zwecke genutzt werden sowie
- i) Neubauten, Ersatzneubauten, Erweiterungsbauten.

### **3. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts als Träger der Kultureinrichtungen sowie der Bau- und Bodendenkmale.

Ausgeschlossen von der Förderung sind Vorhaben, die auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet sind.

## **4. Zuwendungsvoraussetzungen**

### 4.1 Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen

4.1.1 Die Maßnahmen müssen im Land Sachsen-Anhalt realisiert werden.

4.1.2 Förderfähig sind Vorhaben, die in städtische oder regionale Entwicklungskonzepte eingebunden sind und zur Aufwertung des städtischen Raums, zur Stärkung der regionalen Identität und zur Stärkung der Entwicklung des Kulturtourismus beitragen.

4.1.3 Es dürfen nur öffentliche Infrastrukturen und öffentliche Gebäude mit kultureller Nutzung, die über ein Nutzungskonzept verfügen, das die lokalen Besonderheiten berücksichtigt, gefördert werden. Die Infrastrukturen und Gebäude müssen sich im Eigentum der öffentlichen Hand oder gemeinnütziger Organisationen befinden, die dem Allgemeinwohl dienende Ziele verfolgen.

4.1.4 Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss gesichert sein. Soweit es sich bei dem Antragsteller um eine Kommune handelt, hat diese eine positive Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde zur Geschlossenheit der Gesamtfinanzierung der Maßnahme und zur Tragfähigkeit der Folgekosten mit dem Antrag einzureichen.

4.1.5 Mit dem Vorhaben darf nicht vor Bewilligung begonnen werden; es sei denn, die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn ist unter Beachtung von Abschnitt 6 des Zuwendungsrechtsergänzungserlasses erteilt worden. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Förderung.

4.1.6 Soweit noch nicht vorhanden, sind die Gebäude anlässlich der Durchführung der geförderten Maßnahmen mindestens nach den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt vom 16. 12. 2010 (GVBl. LSA S. 584) in der jeweils geltenden Fassung barrierefrei zu gestalten.

4.1.7 Die Gesamtkosten dürfen die Schwelle von 5 Millionen Euro (im Fall von UNESCO-Weltkulturerbe 10 Millionen Euro) nicht überschreiten.

### 4.2 Beihilferechtliche Vorgaben

Die in der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 genannten Voraussetzungen müssen für die Gewährung der Förderung gegeben sein. Die Förderung darf in keinem Fall die in der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 genannten Schwellenwerte überschreiten. Vorrangig gelten die Regelungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gemäß der **Anlage**.

Die Zuwendungen sind gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 mit dem gemeinsamen Markt vereinbar und unterliegen nicht der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Abs. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, soweit sie die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 unmittelbar erfüllen.

## **5. Art, Umfang, Höhe der Zuwendungen**

5.1 Die Zuwendungen werden im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung gewährt.

5.2 Die Projektförderung erfolgt als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von bis zu 80 v. H. der Bemessungsgrundlage.

5.3 Bemessungsgrundlage sind die förderfähigen Ausgaben. Hierzu gehören Ausgaben, die erst durch das Vorhaben ausgelöst werden und ohne das Vorhaben nicht entstehen würden.

5.4 Die förderfähigen Ausgaben als Bemessungsgrundlage entsprechen den beihilfefähigen Ausgaben.

5.5 Die Freistellung nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erfolgt, sofern folgende Schwellenwerte nicht überschritten werden: Beihilferechtliche Anmeldeschwellen sind gemäß Kapitel I Art. 4 Nr. 1 Buchst. z der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für Investitionsbeihilfen 100 Millionen Euro pro Projekt.

5.6 Bei Investitionsbeihilfen darf der Beihilfebetrug nicht höher sein als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Betriebsgewinn wird möglichst vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen von den beihilfefähigen Kosten abgezogen. Es ist sicherzustellen, dass die vorstehenden Beihilfeintensitäten nicht überschritten werden und mit höheren Anteilen gewährte Fördermittel sind zurückzufordern. Der Betreiber der Investition darf einen angemessenen Gewinn für den betreffenden Zeitraum einbehalten.

5.7 Bei Beihilfen von nicht mehr als 1 Million Euro kann der Beihilfehöchstbetrag abweichend von der in Nummer 5.6 beschriebenen Methode auch ohne gesonderten Nachweis auf 80 v. H. der beihilfefähigen Kosten festgesetzt werden.

## **6. Anweisungen zum Verfahren**

Für die Beantragung, Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO sowie die Erlasse der EU-Verwaltungsbehörde im Rahmen der Förderperiode 2014 bis 2020, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.

## 6.1 Antragsverfahren

6.1.1 Antrags- und Bewilligungsstelle ist die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

6.1.2 Anträge sind auf der Grundlage des Antragsformulars in einfacher Ausfertigung bei der Antrags- und Bewilligungsstelle einzureichen. Das Antragsformular ist unter [www.ib-isa.de](http://www.ib-isa.de) für Antragstellende zugänglich.

6.1.3 Die Antrags- und Bewilligungsstelle legt für die beantragten Baumaßnahmen fest, ob die Bauverwaltung als fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung zu beteiligen ist und unterrichtet den Antragsteller über Art und Umfang der Beteiligung. Das Verfahren für die Beteiligung der Bauverwaltung richtet sich nach der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. 3. 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28. 8. 2014, S. 18), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2017/40 (ABl. L 5 vom 10. 1. 2017, S. 11) und den Beruflichen Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO (ZBau, Anlage zur VV/VV-Gk Nr. 6 zu § 44 LHO).

## 6.2 Auswahl- und Bewilligungsverfahren

6.2.1 Die Vorhabenauswahl erfolgt im Rahmen eines Ideenwettbewerbs. Die im Ergebnis der Ausschreibung des Ideenwettbewerbs eingereichten Ideenskizzen werden von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, Referat 61, bezüglich formaler Kriterien (termingerechte Abgabe, Vollständigkeit der Unterlagen) geprüft. Grundvoraussetzungen für eine Förderung sind

- a) die Vorlage eines nachvollziehbaren Nutzungskonzeptes, das die lokalen Besonderheiten berücksichtigt,
- b) die Einbindung des Vorhabens in städtische oder regionale Entwicklungskonzepte und
- c) die Begrenzung der Gesamtkosten für das Projekt auf maximal 5 Millionen (im Fall von UNESCO-Weltkulturerbe 10 Millionen Euro).

6.2.2 Die Bewertung der Projektideen erfolgt durch ein Auswahlgremium, das aus Experten aus den Bereichen Kultur und Weltkulturerbe, Städtebau, Denkmalpflege und Umweltschutz besteht.

6.2.3 In den Auswahlprozess gelangen nur die Vorhaben, die alle Fördervoraussetzungen erfüllen. Wird eine Fördervoraussetzung nicht erfüllt, kann das Vorhaben nicht am Auswahlverfahren teilnehmen.

6.2.4 Förderfähige Anträge werden anhand einer Checkliste durch das Auswahlgremium nach folgenden Kriterien bewertet:

- a) Beitrag des Vorhabens zur Aufwertung des städtischen Raums, zur Stärkung der regionalen Identität und zur Stärkung der Entwicklung des Kulturtourismus,
- b) Qualität der Einbindung der Vorhaben in städtische und regionale Entwicklungskonzepte und in Fachkonzepte zur Entwicklung der Kulturerbestätten (Landeskulturkonzept 2025) und des Tourismus (Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt 2020),
- c) positiver Einfluss des Projekts auf die Umwelt.

Wird eines dieser Kriterien mit Null bewertet, ist das Vorhaben nicht förderfähig.

6.2.5 Auf der Basis der Bewertung nach Nummer 6.2.4 erstellt das Auswahlgremium eine Rangliste. Die Rangliste dient der Antrags- und Bewilligungsstelle als Entscheidungsgrundlage.

6.2.6 Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt als Antrags- und Bewilligungsstelle führt das Bewilligungsverfahren vorbehaltlich Nummer 6.2.4 durch und beteiligt den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) entsprechend den VV/VV-Gk Nr. 6 zu § 44 LHO. Sich aus anderen Rechtsvorschriften ergebende Beteiligungspflichten, für deren Erfüllung der Zuwendungsempfänger zu sorgen hat, bleiben davon unberührt.

### 6.3 Auszahlung der Zuwendungen

6.3.1 Die Auszahlung der bewilligten Zuwendungen erfolgt auf Antrag des Zuwendungsempfängers (mittels Formblatt) frühestens nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheids durch die Antrags- und Bewilligungsstelle auf das vom Zuwendungsempfänger benannte Konto. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Prüfung der Einhaltung der Vergabebestimmungen sowie der Auszahlungsvoraussetzungen durch die Antrags- und Bewilligungsstelle erst nach Vorlage bezahlter Originalrechnungen; die Einreichung von Teilrechnungen ist dabei möglich.

6.3.2 Sofern die baufachliche Prüfung erforderlich ist, ist der Auszahlungsantrag über die für die baufachliche Prüfung zuständige Stelle (Landesbetrieb BLSA) mit einem entsprechenden Prüfvermerk versehen bei der Antrags- und Bewilligungsstelle einzureichen.

6.3.3 Eine Auszahlung der Zuwendung erfolgt maximal in Höhe von 95 v. H. des bewilligten Zuschusses. Die restlichen 5 v. H. werden bis zum geprüften Verwendungsnachweis einbehalten.



## 6.4 Prüfrechte

6.4.1 Neben der Antrags- und Bewilligungsstelle und deren Beauftragten sowie dem Landesrechnungshof sind die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, die für die Förderung im Rahmen des Operationellen Programms für den EFRE des Landes Sachsen-Anhalt 2014 bis 2020 eingerichteten Behörden und Stellen, der Europäische Rechnungshof, die Europäische Kommission sowie das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) berechtigt, die zweckbestimmte und fristgerechte Mittelverwendung jederzeit zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen sowie Auskünfte einzuholen.

6.4.2 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, alle für das Vorhaben relevanten Auskünfte zu erteilen.

6.4.3 Die Prüfungsrechte nationaler Prüfstellen – bewilligende, zahlende Stellen, Rechnungshöfe – bleiben davon unberührt.

## 6.5 Verfügbarkeit der Belege

Sämtliche Originalbelege für Ausgaben, gegebenenfalls eingereichte, mit Prüfvermerk versehene Kopien oder beglaubigte Abschriften solcher Dokumente oder mit den Originalen als übereinstimmend bescheinigte Fassungen auf allgemein anerkannten Datenträgern sind für die Dauer von mindestens 15 Jahren nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides aufzubewahren, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist vorgeschrieben ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- und Datenträger verwendet werden, deren Aufnahme- und Wiedergabeverfahren den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) entsprechen. Die Übereinstimmung der elektronischen Fassungen mit den Originalbelegen hat der Zuwendungsempfänger in geeigneter Form nachzuweisen.

## 6.6 Berichtspflichten, Indikatorsystem

Die Antrags- und Bewilligungsstelle kann dem Zuwendungsempfänger die Bereithaltung und Vorlage von Unterlagen, die für die Bewertung und Erfolgskontrolle der Förderung von Bedeutung sind, auferlegen.

## 6.7 Zweckbindungsfristen

Die Zweckbindungsfrist beträgt 15 Jahre. Für bewegliche Güter beträgt die Zweckbindungsfrist fünf Jahre. Sie beginnt ab dem mit der Verwendungsnachweisprüfung festgelegten Investitionsabschluss und endet mit dem 31. 12. des darauf folgenden 15. oder fünften Jahres.

## 6.8 Informations- und Publizitätsmaßnahmen

6.8.1 Der Zuwendungsempfänger hat umfangreiche Publizitätsvorschriften einzuhalten. Sofern eine Internetseite betrieben wird, gehört hierzu insbesondere eine kurze Beschreibung des Vorhabens, die im Verhältnis zum Umfang der Förderung steht und in der auf die Ziele und Ergebnisse eingegangen und die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union hervorgehoben wird. Des Weiteren hat der Zuwendungsempfänger sich einverstanden zu erklären, dass das Unternehmen und das geförderte Vorhaben mit wesentlichen Daten gemäß Anhang XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 auf der Liste der Vorhaben erfasst und veröffentlicht wird. Mit dem Bescheid ist der Zuwendungsempfänger auf die geltenden Vorschriften der Europäischen Kommission zu Informations- und Publizitätsmaßnahmen hinzuweisen.

6.8.2 Der Zuwendungsempfänger hat in seiner vorhabenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit auf die Mitfinanzierung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung hinzuweisen.

6.8.3 Der Zuwendungsempfänger hat über die im Antrag enthaltenen Angaben hinaus der Antrags- und Bewilligungsstelle im Verlauf der Durchführung des Vorhabens auf Anforderung weitere vorhabenbezogene Daten und Informationen zu Auswertungszwecken zu übermitteln. Insbesondere ist er verpflichtet, jeweils unverzüglich das Datum des Beginns und des Abschlusses der Baumaßnahmen mitzuteilen.

## 6.9 Verwendungsnachweisverfahren

6.9.1 Der Nachweis über die Verwendung der Mittel erfolgt mittels Formblatt, das mit der Bewilligung versandt wird.

6.9.2 Der Verwendungsnachweis ist spätestens mit Ablauf des sechsten auf den Abschluss des Investitionszeitraums folgenden Monats vorzulegen.

6.9.3 Wurde die staatliche Bauverwaltung von der Antrags- und Bewilligungsstelle mit den Aufgaben nach Nummer 8 ZBau beauftragt, hat der Zuwendungsempfänger abweichend von Nummer 6.1 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, Anlage 2 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO) und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk, Anlage zur VV-Gk Nr. 5.1 zu § 44 LHO) den Verwendungsnachweis unter Beteiligung der Antrags- und Bewilligungsbehörde dem Landesbetrieb BLSA zur fachlichen Prüfung vorzulegen.

## 6.10 Baubegleitung

6.10.1 Der Zuwendungsempfänger ist für eine ordnungsgemäße Bauherrenüberwachung, einschließlich der ordnungsgemäßen Führung der Baurechnung gemäß den fachlichen Nebenbestimmungen (NBestBau, Anhang der VV zu § 44 LHO), die Einhaltung sämtlicher Vorschriften und Standards sowie für die Abnahme der Bauleistung verantwortlich.

6.10.2 Der Landesbetrieb BLSA überprüft während der Bauausführung stichprobenartig die Einhaltung der Bedingungen und Auflagen.

## Abschnitt 2 Besondere Regelungen

Für Vorhaben, die innerhalb von CLLD<sup>2</sup> beantragt werden und der Umsetzung der genehmigten Lokalen Entwicklungsstrategie der befürwortenden lokalen Aktionsgruppe dienen, gelten die nachfolgenden besonderen Bestimmungen.

Bezüglich der Regelungen im Abschnitt 1 zu den folgenden Nummern:

- a) Abweichend von Nummer 4.1.1 gilt für Maßnahmen, die innerhalb von CLLD beantragt werden, die Förderung landesweit ohne die Gemeindegebiete der Städte Magdeburg und Halle (Saale) sowie den nicht überwiegend ländlich geprägten Ortsteilen der Stadt Dessau-Roßlau.
- b) Abweichend von Nummer 5.2 können Zuschüsse in Höhe von bis zu 90 v. H. der Bemessungsgrundlage aus EFRE-Mitteln gewährt werden.
- c) Abweichend von den Nummern 6.2.1 bis 6.2.5 bestimmt sich die Reihenfolge der zu bewilligenden Projekte innerhalb CLLD nach den von den lokalen Aktionsgruppen jährlich erstellten und vom Landesverwaltungsamt bestätigten Prioritätenlisten. Den Prioritätenlisten liegen ausschließlich die Auswahlkriterien zugrunde, die durch die lokalen Aktionsgruppen gemäß Artikel 34 Abs. 3 Buchst. d der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 in einem gesonderten Verfahren definiert wurden.

Die Antragsunterlagen für CLLD-Vorhaben sind bis zum 1. 3. eines Jahres der Antrags- und Bewilligungsstelle zuzuleiten.

Jedem Projektantrag innerhalb von CLLD ist ein Schreiben des LEADER<sup>3</sup>-Managements beizufügen, das im Ergebnis seiner Prüfung dokumentiert, ob die Antragsunterlagen vollständig sind und das Vorhaben umsetzbar erscheint.

Projekte innerhalb von CLLD können nur bewilligt werden, wenn alle Fördervoraussetzungen erfüllt sind. Die Projekte innerhalb CLLD müssen aus dem der lokalen Aktionsgruppe zugewiesenen Planungsbudget (Finanzieller Orientierungsrahmen) finanziert werden.

Die Regelungen in Nummer 6.2.1 Satz 3 (Grundvoraussetzungen für eine Förderung) bleiben unberührt.

- d) Zusätzlich zu Nummer 6.8 gilt: Der Fördermittelempfänger ist verpflichtet, bei Projekten innerhalb von CLLD an geeigneter Stelle darauf hinzuweisen, dass das Projekt mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen von CLLD gefördert wird und dies auf Verlangen entsprechend nachzuweisen.
  
- e) Zweckgebundene Spenden und weitere zusätzliche Mittel können vollständig dem Eigenanteil des Zuwendungsempfängers zugerechnet werden, sofern dem die Vorgaben der weiteren Mittelgeber nicht entgegenstehen. Die Zuwendung verringert sich im Falle einer nach der Bewilligung eingegangenen zweckgebundenen Spende nur um den Betrag, der die Gesamtsumme der tatsächlich geleisteten zuwendungsfähigen Ausgaben, bezogen auf die insgesamt für die Fördermaßnahme zur Verfügung stehenden Mittel, übersteigt. Die jeweils zu berücksichtigenden Spenden sowie die echten Eigenmittel sind sowohl im Finanzierungsplan als auch im Verwendungsnachweis getrennt auszuweisen.
  
- f) Abweichend von Nummer 6.7 beträgt die Zweckbindungsfrist für bewegliche und für unbewegliche Güter fünf Jahre.

### Abschnitt 3 Übergangsregelungen

Das Ministerium der Finanzen ist befugt, im Wege eines Einführungserlasses gegenüber der Antrags- und Bewilligungsstelle Übergangsregelungen bezüglich der Antragsfristen für die Anwendung des Abschnittes 2 zu erlassen. Die Vorgaben der LHO und der VV-LHO bleiben hiervon unberührt.

### Abschnitt 4 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gem. Erl. gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

### Abschnitt 5 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Gem. Erl. tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Er tritt mit Ablauf des 30. 6. 2021 außer Kraft.

An

**Anlagen (nichtamtliches Verzeichnis)**

Anlage: Fördergrundsätze

**Fußnoten**

- 1) Im Beuth-Verlag GmbH, Berlin und Köln, erschienen und beim Deutschen Patent- und Markenamt archivmäßig gesichert niedergelegt.
- 2) CLLD (Community-Led Local Development, deutsch: Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung). Sie können sowohl vom ELER als LEADER-Vorhaben als auch in Anwendung der LEADER-Methode von anderen Fonds der Europäischen Union wie z. B. EFRE und ESF finanziert werden.
- 3) LEADER (Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale, deutsch: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) ist ein methodischer Ansatz zur Regionalentwicklung, bei dem lokale Akteure das eigene Entwicklungspotential einer Region nutzen.

© juris GmbH